

# Holzarbeiter = Zeitung.

Zeitschrift für die Interessen aller Holzarbeiter.

Publikationsorgan des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes  
sowie für Krankenkassen derjenigen Berufe, welche dem Holzarbeiter-Verbande angehören.

Erscheint wöchentlich, Sonntags.  
Abonnementpreis M 1 pro Quartal, ohne Bringegeb. Post-Nr.: 3470.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Verantwortlich für die Redaktion: Ernst Fr. Deinhardt, Hamburg;  
für die Expedition und den Anzeigenteil: S. Stubbe, Hamburg.  
Redaktion und Expedition: Hamburg-Eimsbüttel, Bismarckstraße 10.

Inserate  
für die diergespaltene Zeitspaltel oder deren Raum 40 A.  
Wergnigungsanzeigen und Stellenvermittlungen 20 A.  
Versammlungsanzeigen 10 A. Beilagen nach Uebereinkunft.

## Lohnbewegung.

(Erfolgt nicht mindestens alle zwei Wochen eine nähere Mitteilung über den Stand des Streiks bezw. der Differenzen, streichen wir die Orte unter dieser Rubrik.)

Zugung ist fern zu halten von:

- Zischlern nach Embden, Gelsenkirchen (Meyerhofer), Ratingen (Holzwarenfabrik vormals Dmar Biller) Rorsbach, Schweiz (Müller), Schwenningen (Bauffer), Ludwigshafen (Fasing);
- Zischlern, Drechslern u. Holzbearbeitungsmaschinen nach Peine;
- Drechslern nach Hildesheim, Posen (Wenbig & Söhne);
- Parquetbodenlegern nach Hamburg (Gebr. Merz, Grimm 32);
- Stuhlmachern, Tischlern und Polirern nach Wilkau i. S. (Krebs), Münster am Deister und Umgebung, Hameispringe (Fr. Koch);
- Meißelbühelmachern bezw. Tischlern nach Berlin (Nordgauer & Co.);
- Rifenmachern und Spielwaarenarbeitern nach Gräfenroda i. Th.;
- Hornarbeitern nach Seeligen-Alfstadt (Kratwöh);
- Pianosortierern nach Zeitz (Morena);
- Wärtemachern nach Bippispringe i. W. (Muthé & Jahrand);
- Werkzeugschreibern nach Schiltigheim im Elsaß (Jatob & Schid).

## Christliche Gewerkschaftler als Handlanger der Brotwucherer.

II.

Herr Giesberts trat in der genannten Versammlung des Rheinischen Bauernvereins, in der er sich über die Noth der Landwirtschaft informieren wollte, Namens der Arbeiter auf, wenn auch nur der Christlichen. Wir wissen nicht, ob er von diesen Arbeitern das Mandat hatte, in ihrem Namen eine so weitgehende Erklärung abzugeben — wir wagen das zu bezweifeln, da mit Ausnahme der genannten Gewerkschaftsblätter auch bei den Christlichen Arbeitern von einem allgemeineren Enthusiasmus für die Erhöhung der Lebensmittelzölle keine Rede sein konnte —, wir wissen auch nicht, ob es bei den Christlichen Gewerkschaftlern Sitte ist, daß einzelne Führer ohne Auftrag die von ihnen geführten Massen in so weitgehendem Maße verpflichten können, ohne daß sie sich, wie es hier der Fall war, auch nur der Gefahr eines Desaveus aussetzen. Das ist ja schließlich eine Angelegenheit der Christlich organisierten Arbeiter, darüber zu entscheiden, was sie unter Vertretung ihrer Interessen verstehen und wie sie behandelt sein wollen. Und auch hier dürfte ja der alte Wahrheitsfag ewige Wahrheit auch für die Christlichen Gewerkschaftler sein, daß sie die Führer haben und die Behandlung erfahren, die sie verdienen. Indessen haben auch wir uns mit dem Auftreten des Herrn Giesberts und der Begründung, die er dafür hat, schon deshalb zu beschäftigen, weil es ja schließlich die Christlichen Arbeiter nicht allein sind, denen mit den durch das Auftreten Giesberts der Verwirklichung wesentlich näher geführten Brotwucherplänen der Agrarier das Fell über die Ohren gezogen wird. Wenigstens so lange wird dies nicht der Fall sein, als es sich in dem Brotwucher nicht um eine nur für Dumme berechnete Steuer handelt, die von diesen mit dem freudigen Gefühl einer an den Agrariern gern erfüllten Pflicht getragen wird, und so lange zum Zwecke der gerechten Ueberbürdung dieser Steuer die Christlichen Arbeiter nicht das Brandmal der Dummheit auf der Stirn tragen.

„Der Christliche Arbeiter steht auf dem Standpunkt der ausgleichenden Gerechtigkeit, deshalb will er sein Theil zur Behebung der Nothlage der Landwirtschaft beitragen, ja, gerne bezahlt er die paar Pfennige, wenn nur der Landwirtschaft geholfen wird“; das ist mit einigen Worten der Tenor der Rede

Giesberts, wie wir sie auszugswelse schon angeführt haben. Nehulich Herr Brust in seinem „Bergknappe“. Was es mit der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ für eine Bewandniß hat, haben wir bereits auseinandergesetzt. Auch in der gegen uns gerichteten Ermüdung spielt die „ausgleichende Gerechtigkeit“ wieder eine große Rolle. Herr Giesberts ist selbstverständlich mit uns der Ansicht, „daß ein solches Solitaritätsverhältnis auf Gegenseitigkeit beruhen muß“, das „ist nicht nur selbstverständlich, sondern sogar — prinzipiell — Vorbedingung“. Diese „Vorbedingung“ ist nun aber garnicht gegeben, wie wir früher bereits ausgeführt haben, ja, die Dualität gerade der nothleidenden Agrarier bürgt uns dafür, daß diese Vorbedingung niemals gegeben sein wird. Haben die Agrarier bisher nicht immer gern genommen, ohne daß sie auch nur das Bedürfnis gefühlt hätten, dafür etwas Anderes zu geben als Mißhandlungen des Volkes? Die Geschichte der Brotwucherpolitik, ist sie nicht auch gleichzeitig eine Geschichte der Volkentrechtung? Ging die Inaugurierung der Schutzollgesetzgebung nicht Hand in Hand mit der Entrechtung der breiten Masse des Volkes durch Schaffung des Sozialistengesetzes, und waren es nicht die Agrarier und die Schlotbarone, die in gleichem Athenzuge das Sozialistengesetz bewilligten, als sie unter einem Wortschwall fauler Begründungen, von denen die Phrase von der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ keine der geringsten war, vom Volke den Brotzoll forderten als einer selbstverständlichen Leistung? Und haben die Junker nicht auch später, als sie, im Besitz der Liebesgaben, nach der Theorie des Herrn Giesberts doppelt Veranlassung hatten, dem Grundsatz der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ folgend, dem Volke sich erkenntlich zu zeigen, keine Gelegenheit vorübergehen lassen zu den schändlichsten Angriffen auf die Rechte und Freiheiten wie auf den Selbstbeut der Nation? Von den fortgesetzten Angriffen auf das Reichstagswahlrecht bis auf die Umsturz- und Zuchtstausgesetzvorlage, und von der Branntweinliebesgabe bis zur Tabakfabriksteuer ist Alles ein sprechendes Beispiel für den unsozialen Geist, wie er vom Junkerthum vertreten wird. Das weiß jeder Mann im Volke, nur Herr Giesberts nicht, der anscheinend in der englischen Gewerkschaftsgeschichte besser bewandert ist, als in der Geschichte der heimischen Interessenkämpfe der letzten Jahrzehnte. Einigermassen ist er sich ja der geringen Dualifikation der Junker zu einem solchen Gegenseitigkeitsverhältnis bewußt. Darum plädiert er für milberne Umstände für die rheinisch-westfälischen Landwirthe, insbesondere für diejenigen, soweit sie im Zentrum vertreten sind. Der Unterschied, wenn ein solcher besteht, wäre wohl kaum der Rede werth, sintemalen es unserer Ansicht nach wenig klangvoll ist, sich durch das Zentrum decken zu wollen. Zentrumstreue war immer gleichbedeutend mit arbeitserfindlich, ob da das Zentrum nun für ein paar Arbeiterschutzesetze mehr oder weniger gestimmt hat. Beiläufig gesagt, warum macht Herr Giesberts der Sozialdemokratie zum Vorwurf, daß sie „gegen alle sozialpolitischen Gesetze gestimmt hat, während das Zentrum und mit ihm die bei ihm vertretenen Landwirthe die soziale Gesetzgebung zu Stande gebracht haben“. Hat dieses so ausgezeichnete Zentrum nicht ebenfalls gegen das Invalidenversicherungsgesetz gestimmt und mühte nach dem Grundsatz Giesberts nicht etwas von dem der Sozialdemokratie ob ihrer Stellung entgegen gebrachten Haß zu einem Theile wenigstens auf's Zentrum mit übertragbar sein? Vom Standpunkt der „ausgleichenden Gerechtigkeit“ aus können wir also eine Verpflichtung zur Besserung der Lage der Landwirtschaft nicht anerkennen. Wie

verhält es sich aber mit dieser Nothlage überhaupt und wie mit dem von Giesberts zu ihrer Beseitigung vorgeschlagenen Mitteln? Daß eine solche Nothlage existirt, kann nicht bestritten werden und ist von uns nie bestritten worden. Diese Nothlage hat aber angehalten und hat sich eher noch verschärft trotz der auch zu ihrer Hebung seit 2 Jahrzehnten angewandten Getreideschutzzölle. Seit 2 Jahrzehnten „schreten“ die Junker, der Landwirtschaft müsse durch Schutzzölle und Liebesgaben unter die Arme gegriffen werden. Und trotzdem man das Volk in der unerhörtesten Weise belastete zu Gunsten der Junker, hat sich an der Lage der Landwirtschaft nichts verändert, höchstens daß es den Junkern gelungen ist, mit dem Fortschreiten der Belastung des Volkes immer größere Kredite flüssig zu machen, so daß man von dieser Raubpolitik auf die Taschen der Konsumenten nur eine größere Verschuldung der Landwirtschaft herleiten könnte. Fragen wir uns, kann auf diese Weise überhaupt eine Beseitigung der Nothlage der Landwirtschaft herbeigeführt werden? Unserer Ueberzeugung nach ist die Noth der Landwirtschaft überhaupt nur eine Folge zum Theil ihrer wenig kommerziellen und rüchständigen Produktionsweise, dann aber eine Folge der Tendenz unseres Wirtschaftslebens überhaupt. In demselben Maße, wie hier die Landwirtschaft unter einer wirtschaftlichen Nothlage zu kämpfen hat, hat das Handwerk gegenüber der Industrie zu kämpfen. Und so gut man den Besitzern von Schnell dampfern nicht verbieten kann, in Rücksicht auf die von ihnen zu Grunde gerichteten Besitzer der Oberländer Röhre ihren Betrieb einzustellen, so gut man von den Aktionären der Eisenbahnen das nicht fordern kann in Rücksicht auf die von ihnen geschädigten oder zu Grunde gerichteten Fuhrwerksbesitzer, so gut man weiter dem Großindustriellen nicht auferlegen kann, zu Gunsten der Kleinhandwerker den Betrieb einzustellen, kann man nicht daran denken, der Landwirtschaft damit zu helfen, daß man zum Schaden der Konsumenten die Konkurrenz des Auslandes lahm legt. Und wenn ein Arbeiterführer hingehet in eine Agrarierversammlung und befürwortet dort ein solches Vorgehen, so ist das gleichbedeutend damit, wie wenn er, die Nothlage der Textilindustriellen vorschüßend, in die Versammlung eines Textilindustriellenverbandes geht und dort zur Steigerung der Dividende vermehrte Ausbeutung der Arbeiter anempfiehlt, oder wie wenn er eines schönen Tages in einer Sitzung des Kohlenyndikats erscheinen würde, um dort unbefehdet der harten Winterkälte eine mit der raffinsten Preistreiberei durchzuführende Erhöhung der Kohlenpreise anzupfehlen. Ein solches Vorgehen würde sich ebenso begründen lassen, wie das von Giesberts im Rheinischen Bauernverein geübte. Der Landwirtschaft ist mit solchen Mitteln überhaupt nicht zu helfen, was ja unsere Wirtschaftspolitik seit Jahrzehnten erwiesen.

Aber selbst wenn das möglich wäre, dürfte Niemand, am wenigsten die Gesetzgebung und am allerwenigsten ein Arbeiterführer von den Arbeitern verlangen, daß sie diese Hilfe leisten sollen. Nach Herrn Giesberts handelt es sich nur um ein paar Pfennige, um die der Arbeiter durch eine Erhöhung der Getreidezölle im Sinne der Großagrarier geschädigt wird. Es ist erstaunlich, mit welcher Nonchalance Herr Giesberts von diesen „ paar Pfennigen“ der Arbeiter redet.

Es ist in der letzten Zeit mehrfach versucht worden, die Höhe der Belastung fest zu stellen, die einfache Arbeiterhaushalte durch den jetzigen Weizen- und Roggenzoll erleiden und um welche Summe sich die heutigen Ausgaben für Brot und Mehl noch steigern würden, wenn es den Agrariern mit Unterstützung der Regierung gelingen sollte, den jetzigen Zollfuß von



M. 3,50 auf M. 6 oder 7 pro Doppelzentner hinauf zu treiben. Die gewöhnliche Berechnung ist folgende: Nach der Statistik beträgt in Deutschland der Konsum von Weizen und Roggen pro Kopf vier Zentner (200 Kilogramm), das ergibt bei einem Zollsatz von M. 3,50 pro Doppelzentner für eine einzelne Person M. 7, bei einem Zollsatz von M. 7 aber M. 14. Demnach hat, wenn der Satz von M. 7 im Reichstag Annahme findet, eine vierköpfige Arbeiterfamilie allein an Zoll für das von ihr konsumierte Getreide M. 28 mehr zu zahlen.

Diese Vertheuerung des Lebensunterhaltes ergibt sich schon dann, wenn man annimmt, daß der Mühlenbesitzer und der Bäcker die Preise ihres Mehls und des Brots nur im selben Verhältnis erhöhen, als ihnen selbst das Getreide resp. das Mehl infolge des Zolles beim Einkauf mehr kosten. In Wirklichkeit aber schlägt der Mühlenbesitzer, wenn er 25 pSt. für Weizen mehr bezahlen muß, nicht nur 25 pSt. auf seine Mehlpreise auf, sondern er berechnet sich die Preise im Verhältnis zu dem größeren Betriebskapital, daß er zur Verfügung haben muß und erhöht demgemäß die Mehlpreise um vielleicht 28 oder 30 pSt.

Daraus ergibt sich, daß die von den Agrariern angestrebte Erhöhung der Getreidezölle für eine vierköpfige Arbeiterfamilie eine Vertheuerung der Lebenshaltung nicht nur um M. 56 herbeiführt, sondern daß ein solcher Arbeiter höchstwahrscheinlich über M. 66 jährlich an Brotwucher zu zahlen haben wird.

Doch um diese „paar Pfennige“ handelt es sich nicht allein, obwohl das schon ausreichend genug sein sollte zu einem ganz entschiedenen Widerstand der Arbeiter gegen die Brotwucherpläne der Junker; denn nicht allein als Konsumenten sind die Arbeiter an dieser Frage interessiert, sondern auch als Produzenten. Denn ebenso gut Deutschland darauf angewiesen ist, Brotgetreide einzuführen, ist es darauf angewiesen, Industrieerzeugnisse auszuführen. Eine Erhöhung der Getreidezölle würde praktisch dann noch die Folgen haben, daß diejenigen Staaten, die bisher unsere Getreidelieferanten, gleichzeitig aber auch Abnehmer unserer Industrieerzeugnisse waren, zu Gegenrepressalien greifen würden. Damit würden unsere Produkte so verteuert, daß wir kaum noch in der Lage sein würden, in solchen Staaten konkurrenzfähig zu sein. Während wir dann trotz der hohen Getreidezölle auf die Zufuhr ausländischen Getreides angewiesen sind, könnte infolge der agrarischen Handelspolitik immerhin herbeigeführt werden, daß jene zu solchen Repressalien herausgeforderten Länder sich von unserer Industrie immer mehr emanzipieren. Jedenfalls wird die Getreidezollerhöhung zum Mindesten zu einer weiteren Benachteiligung unserer Handelsinteressen und damit zu einer Benachteiligung der produzierenden Stände, vor Allem des Arbeiterstandes führen. Und das zu einer Zeit, wo das Erwerbsleben ohnehin darniederliegt.

Die Junker und mit ihnen vermutlich auch Herr Giesberts wenden demgegenüber allerdings ein, die Mehrbelastung des Volkes und seine Schädigung werde wieder wett gemacht durch eine entsprechende Erhöhung der Löhne. Das ist aber lediglich Schammaschlagerei, denn alle Verbesserungen der Lebenslage, die die Arbeiterklasse irgendwie zu verzeichnen hatte, hat sie immer nur ihrer organisatorischen Tätigkeit zu verdanken gehabt, und das wird auch in Zukunft nicht anders sein. Am wenigsten werden wir in die Lage kommen, uns bei den Junkern für eine Besserung unserer Lebenslage bedanken zu müssen. Die Junker und ihre Meute haben von den Bestrebungen der Arbeiter auf Lohnerhöhung z. B. immer nur als von „feindlichen“, den „sozialdemokratischen Umsturz-Ideen“ entsprechenden Handlungen gesprochen. Das sollte jetzt anders sein? Das hieße ja, Feigen von den Dornen erwarten.

Eigentlich muß es berühren, wenn Herr Giesberts von einer Erhöhung der Getreidezölle eine Lösung der Landarbeiterfrage erhofft. Für den ländlichen Lohnarbeiter trifft aber Das zu, was für den Industriearbeiter als selbstverständlich gilt — nämlich, daß bei schlecht bezahlten Produkten die Besitzer ebenso wenig höhere Löhne zahlen können, wie die Industriearbeiter, abgesehen selbstverständlich von anderen Umständen, welche auf die Lohnhöhe einwirken“, so äußert sich Giesberts, ebenso wie er vorher sagt: „Der Arbeiter kann besser eine geringe Vertheuerung des Brotes ertragen, als die aus einem weiteren Niedergang der Landwirtschaft erfolgende lohnbrückende Konkurrenz der in die Städte strömenden Landarbeiter.“

Ebenso wie die ganze Getreidezollfrage für die Arbeiterklasse eine höchstens nachteilige Wirkung zeitigen kann, ist das in Besonderen bei den Landarbeitern der Fall. Die Junker werden später ebenso wenig wie

vorher ihren Landarbeitern günstige Existenzbedingungen zusichern, wenn sie durch die Nothlage nicht dazu gezwungen werden. Solche Fragen regeln sich nach den Marktverhältnissen, das weiß Herr Giesberts ebenso gut wie wir, und so werden die Junker erst durch den Landarbeitermangel zu Konzessionen an die Landarbeiter gezwungen sein, ebenso wie die lohnbrückende Konkurrenz der in die Städte strömenden Landarbeiter erst dann behoben sein wird, wenn es den Letzteren gelungen sein wird, sich in der Landwirtschaft gleich günstige Verhältnisse zu erringen, wie die Arbeiterschaft in der Industrie das vordem that. Will Giesberts dieses Ziel beschleunigen, so darf er jedenfalls nicht der Getreidezollerhöhung das Wort reden, sondern er muß für die Gewährung größerer Rechte an die Landarbeiter Sorge tragen, um diese zu befähigen, den Junkern etwas nachdrücklicher auf den Leib zu rücken.

Wir verstehen deshalb die Fragen nicht, die uns Giesberts zur Rechtfertigung seines Vorgehens vorlegt, daß wir sagen sollen: „1. Welche Summe von Arbeitskraft steckt in den ländlichen Produkten, z. B. in einem Zentner Getreide oder in einem Zentner Fleisch? 2. Wie hoch muß der Preis dieser Produkte bemessen sein, um ohne Anrechnung einer Grundrente die Arbeitskraft angemessen zu bezahlen? Und 3., welche Mittel und Wege schlägt uns die „Holzarbeiter-Ztg.“ vor, um ohne Erhöhung der Produktpreise eine bessere Entlohnung der ländlichen Arbeit zu ermöglichen?“

Nicht um diese Fragen dreht sich der ganze Streit, sondern darum, daß ein anerkannter christlicher Arbeiterführer, ohne Schaden an seinen Grundsätzen zu nehmen, es wagen durfte, in einer Agrarierversammlung zu den versammelten Agrariern zu reden, um einer Erhöhung der Getreidezölle das Wort zu reden,

trotzdem es sich bei der Erhöhung der Getreidezölle um eine eminente Belastung des arbeitenden Volkes handelt;

trotzdem damit eine ungünstigere Gestaltung des Wirtschaftslebens verknüpft ist, und das zu einer Zeit, wo das Erwerbsleben darniederliegt;

trotzdem alle diese Belastungen des Volkes nur einer kleinen Minderheit von Großgrundbesitzern zu Gute kommt, jenen Elementen, die sich immer noch am unsozialsten und freilichseindlichsten von allen Volksgenossen erwiesen haben;

und das Alles konnte dieser Mann thun Namens der christlichen Arbeiter!

Darum handelt es sich in dem ganzen Streit und das bitten wir für die Zukunft festzuhalten, denn wir werden auf Grund dieser Stellungnahme noch manches ernste Wortchen mit den christlichen Arbeitern zu reden haben.

**Des Kontrollbuchs der Berliner Tischler-Zwangsinnung Ende.**

Die von der Berliner Tischler-Zwangsinnung unter Führung ihres Obermeisters Kahardt mit so großem Tam-Tam in Szene gesetzte Bewegung zur Einführung eines die Arbeiter in ihrer Bewegungsfreiheit hindernden Kontrollbuchs ist auf einem toten Punkt angelangt, über den sie wohl kaum noch hinwegkommt. Wie wir bereits in Nr. 11 der „Holzarb.-Ztg.“ mittheilten, hat die Berliner städtische Gewerbe-Deputation, die sich auf Grund einer Beschwerde der beteiligten Arbeiter mit dem Vorgehen der Zwangsinnung zu befassen hatte, die Einführung von Kontrollbüchern als gesetzlich unzulässig bezeichnet und die Innung aufgefordert, den betreffenden Beschluß rückgängig zu machen. Infolge des großen Interesses, das diese Angelegenheit für unsere Mitglieder hat, um so mehr, als in anderen Innungen ein ähnliches Vorgehen gegen die Arbeiter geplant war, führen wir den in dieser Angelegenheit seitens der Gewerbe-Deputation ergangenen Entscheid in Folgendem wortlich an:

- An den Vorstand der Tischlerinnung. Hier.
- Die Tischlerinnung hat in der Versammlung am 10. Oktober 1900 beschlossen, ein einheitliches Kontrollbuch für das gesamte Berliner Tischlergewerbe mit bestimmten Arbeitsbedingungen einzuführen, welche bis spätestens 1. Januar d. J. den in den einzelnen Betrieben beschäftigten Personen zur Unterschrift vorgelegt werden sollten. Der im Kontrollbuch befindliche Arbeitsvertrag sollte folgende Bedingungen fest:
- I. Kündigung ist ausgeschlossen, Afschad wird vollendet.
  - II. Bei Lohnarbeit wird nicht mehr Wochen-, sondern Stundenlohn gezahlt.
  - III. Schutz gegen den Mißbrauch des § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs.
  - IV. Der Betrag für verorbene Arbeit kann vom Lohn gefügt werden.

Die Innungsmitglieder wurden durch ein Pärchen des Vorstands von diesem Beschluß in Kenntniß gesetzt und hierin im Falle einer Zuwiderhandlung die Anwendung des § 10 des Gesetzes in Aussicht gestellt. Gleichzeitig wurden die Mitglieder

auf Grund eines Vorstandsbeschlusses vom 14. November d. J. angewiesen, keinen Arbeiter einzustellen, bevor nicht beim letzten Arbeitgeber unter Benützung des ihnen zugegangenen Fragebogens Erkundigung über Abgang, Leistung und Verdienst des einzustellenden Arbeiters eingezogen waren. Gegen diese Beschlüsse erhob der Gesellenausschuß der Innung Beschwerde und begründete die Ungültigkeit zunächst damit, daß nach § 48 des Statuts es unterlassen worden sei, den Gesellenausschuß zu hören. Im Uebrigen sei mit dem Arbeitsvertrag nur eine Umgehung der Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuchs beabsichtigt. Punkt IV sei ungesetzlich, während mit Punkt II und III eine Schädigung der Gesellen verbunden sei. Der fragliche Vorstandsbeschuß verstoße gegen § 88 der Reichsgewerbeordnung.

Außerdem fühlte sich der Tischlermeister Beege beschwert und beantragte die Aufhebung der Beschlüsse. In formeller Beziehung wurde zunächst die Nichtbeachtung des § 48 des Statuts bemängelt. Ferner wurde ausgeführt, daß durch die zwangsweise Einführung derartiger Bestimmungen das gebräuchliche Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen gestört werde. Endlich bestritt der Beschwerdeführer, daß dem Vorstande derartig einschneidende Eingriffe in die Verhältnisse zwischen Meistern und Gesellen gestattet seien und demselben ein Recht zustehe, in dieser Beziehung einen Zwang auszuüben.

Der Tischlermeister Rödel, welcher ebenfalls Beschwerde erhob, schloß sich im Allgemeinen diesen Ausführungen an und hält außerdem die von jedem Mitgliede geforderte M. 1 für das Kontrollbuch für ungerechtfertigt.

Auf diese Beschwerden hat die Gewerbe-Deputation in der Plenarsitzung beschlossen, die Beschlüsse der Innungsversammlung und des Innungsvorstands für unzulässig zu erklären. Derartige generelle Bestimmungen und dauernde Verpflichtungen der Innungsmitglieder, welche das Verhältnis zwischen städtischen Mitgliedern und ihren Gesellen dauernd regeln sollen, können nach § 83 Absatz 2 Ziffer 2 der Reichsgewerbeordnung niemals durch einfache Beschlüsse, sondern nur durch das Statut geregelt werden.

Es ist aber ferner unzweifelhaft, daß es auch für ungesetzlich erachtet werden müßte, solche Vorschriften in das Statut aufzunehmen. Denn zu den Aufgaben der Innung gehört die Förderung eines gedeihlichen Verhältnisses zwischen Meistern und Gesellen. Die beschlossenen Maßnahmen aber, welche wichtige Rechte der Arbeitnehmer generell einseitig beschränken oder aufheben, sind unter keinen Umständen geeignet, ein gedeihliches Verhältnis zwischen Meistern und Gesellen fördern zu helfen, sondern sie sind lediglich einseitig zu Gunsten der Meister erlassen worden. Sie erfüllen sonach nicht die gesetzliche Aufgabe der Innung, sondern verletzen ihre Pflichten.

Endlich muß sogar eine derartige generelle Beschränkung der persönlichen Freiheit der Innungsmitglieder und Benachteiligung der Gesellen, wie der Hamburger Senat sich in einem ganz analogen Falle unlängst ausgedrückt hat, als ein Verstoß gegen die guten Sitten angesehen werden.

Aus diesen Gründen wird hiermit dem Vorstande die Ausführung der Beschlüsse untersagt. Gleichzeitig eruchen wir, von dieser Verfügung der Innungsversammlung Kenntniß zu geben.

Einen Bericht hierüber sehen wir entgegen.  
Berlin, den 10. März 1901.  
Gewerbe-Deputation des Magistrats.  
gez. Friedel.

Nach Mittheilungen der „Günther'schen Tischler-Ztg.“ hat der Vorstand der Berliner Zwangsinnung gegen diese Verfügung Beschwerde eingelegt. Besonders entschieden wenden sich die Innungsmeister gegen die Äußerung der Gewerbe-Deputation, daß die durch die Einführung der Kontrollbücher geschaffene Benachteiligung der Gesellen einen „Verstoß gegen die guten Sitten“ bedeute. Sie erklären hierzu:

„Von einer Beschränkung der „persönlichen Freiheit“, wie es in dem Erkenntniß heißt (soll wohl heißen: der freien Willensäußerung“, Günther'sche) kann keine Rede sein, da das Kontrollbuch die volle Genehmigung der Delegirten der Innung, also der Vertreter der Innungsmitglieder erhielt. Mit dem „Ausflug in's Sittliche“ kann uns selbst der Hamburger Senat nicht die Ueberzeugung beibringen, daß das Kontrollbuch bezw. seine Bestimmungen gleich einem Verstoß gegen die guten Sitten anzusehen sei. Der Berliner Innungsvorstand glaubt auch darin kompetent zu sein, Schlichtigkeiten von Unschlichkeiten unterscheiden zu können, ohne einige Semester über Ethik und andere schöne Sachen gelehrt zu haben! Jeder brave Handwerksmeister besitzt so viel sittlichen Fortschritt, um mit sich selbst über „Schlichtlich“ und „Unschlichtlich“ im Klaren zu sein.“

So ganz scheint das Letztere doch nicht zuzutreffen, wie ja das Auftreten der Berliner Innungsmitglieder in den letzten Jahren beweist. Jedenfalls kann man darüber streiten, ob die Berliner Innungsmeister diesen „Ausflug in's Sittliche“ entbehren können und ob sie Schlichtigkeiten und Unschlichkeiten stets unterscheiden können. Wir haben bereits immer Zweifel gesetzt, und wie berechtigt diese waren, beweist ja die Entscheidung der Gewerbe-Deputation.

Die Beschwerde des Innungsvorstandes bestrittet weiter jede Anwendung zum Zwang zur Einführung der Kontrollbücher, da Strafen in dieser Sache bisher nicht zur Anwendung gekommen seien. Das könnte ja zu der Vermuthung anregen, daß die Innung selbst in die Gesetzlichkeit ihres Vorgehens Zweifel setze. Zum Schluß wird in der Innungspublikation noch den Mitbeschwerdeführern, den Tischlermeistern Beege und Rödel, den „einstigen Agitatoren und Streikführern“, Eins versetzt und der Erwartung Ausdruck gegeben, daß der in Innungssachen besser unterrichtete (soll wohl heißen, den Innungsmitgliedern entgegenkommendere) Oberpräsident die Gewerbe-Deputation rektifizieren werde.

Wir werden abwarten! Vorläufig haben wir durch den Entscheid der Berliner städtischen Gewerbe-Deputation in dieser Angelegenheit genügend Genugthuung erfahren.







Bericht und Abrechnung der Gauvorstände für das 2. Halbjahr 1900.

Table with columns for Gau, Vorort, Einnahme (Kassenbestand, Beiträge, etc.), Ausgabe (Mähen, Porto, etc.), and final totals for 1900 and 1899.

Stiermit veröffentlichten wir die Zusammenstellung der Berichte und Abrechnungen der Gauvorstände für das zweite Halbjahr 1900. Wie aus der Tabelle ersichtlich, erhielten die 25 Gauvorstände zur Deckung ihrer Ausgaben im zweiten Halbjahr M. 10 366 aus der Hauptkasse.

Die freiwilligen Beiträge der Zahlstellen weisen wieder einen Rückgang gegenüber dem 1. Halbjahr auf. Sie erreichen überhaupt nur in einigen wenigen Gauen einen nennenswerten Betrag, während 5 Gauvorstände gar keine Einnahme an solchen zu verzeichnen hatten.

Zahlstellen zu wiederholten Malen, namentlich dort, wo der häufige Wechsel des Zahlstellenassistenten in anderen Fällen leicht Unordnung in Kasse und Büchern zur Folge gehabt haben würde. Die Mitgliederbewegung in den einzelnen Gauen zeigt leider diesmal ein ganz anderes Bild als im ersten Halbjahr.

Rundschau. Eine Bestrafung des Kontraktbruchs der Arbeiter in Landwirtschaft und Industrie fordert die Halberstädter Handelskammer, die ja seinerzeit auch für das Justizministerium schritt.

verbände dänischer Staatsarbeiter, der kürzlich tagte. Auf derselben waren vertreten: 1. Eisenbahn-Verein. 2. Dänischer Eisenbahn-Verband. 3. Dänischer Lokomotivführer- und Heizer-Verein.

3. März einberufen hatten. Die Tagesordnung lautete: Wie stellen sich die Ansbacher Kollegen zu der Frage einer einheitlichen Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse?

Krisenachrichten aus der Textilindustrie. Die Krise in der Industrie greift mit enormer Schnelligkeit um sich. Wir berichten in Nr. 11 der Holzarbeiter-Zeitung von einer Versammlung sächsischer Baumwollindustrieller, die am 1. März in Saargau stattfand.

Deutscher Holzarbeiter-Verband. Bekanntmachungen des Vorstandes. Der Zahlstelle Gastedt wird hierdurch antragsgemäß die Genehmigung erteilt, ab 1. April einen Lokalbeitrag von 6 4 pro Woche neben dem ordentlichen Verbandsbeitrag zu erheben.

Stuttgart, 25. März 1901. Der Vorstandsvorsitzende. Korrespondenzen. Ansbach. Wenn auf dem letzten Verbandstage so oft die Frage diskutiert worden ist, daß den kleinen Zahlstellen etwas mehr unter die Arme gegriffen werden muß, so konnten besonders die Kollegen der Beamtenstadt damit sehr zufrieden sein.



Berstatt, sondern wie oben angegeben befördern lassen soll. Auch hierbei habe ich nicht ein Schimpfwort gebraucht, ebensowenig hat es einen Aufschrei gegeben. Hätte ich das Mädchen mit dem Maßstab durchgeblaut, aus meinem Hause gejagt und mich ihr gegenüber roher Ausdrücke bedient, wäre ich sicher von Herrn Scheerer angeklagt worden. Mit Herrn Müller senior, Schreinermeister, habe ich seit wenigstens vier bis fünf Jahren kein Wort über unsere Geschäfte, viel weniger in Arbeiterangelegenheiten gesprochen. Von Verhütung meinerseits kann deshalb keine Rede sein.

**Geislingen (Württemberg).** Sonntag, den 17. März, fanden in Albstadt und Kuchen Versammlungen statt, die geradezu überfüllt waren. Alle Stände waren wohl in den beiden Versammlungen vertreten. Auf der Tagesordnung stand: „Der Ausstand in der Krathwohl'schen Porzellanfabrik.“ Kollege Klauß, der als Referent gewonnen war, erklärte zu Beginn seines Referats, es sei eine widerliche Sache, über die Ursache eines solchen Ausstandes sprechen zu müssen. Wenn Arbeiter keine Forderungen, das Arbeitsverhältnis zu ändern, stellen, und nur deshalb auf das Pflaster geworfen werden, weil sie sich erlaubten, sich ihrer Organisation anzuschließen, so komme dieses ja glücklicherweise nur selten vor. Das Vorgehen des Herrn Krathwohl erinnere an die Zeit der Sklaverei, wo Arbeiter und Bauern auch nach gethener Arbeit dem Willen ihres Herrn unterworfen waren. Die Gewerkschaften waren es, welche den Arbeiterstand auf eine höhere Kulturstufe brachten, was nur der Gesamtheit zum Nutzen gereichen könne. Redner besprach die Vortheile der Organisation für den Arbeiter und machte darauf aufmerksam, daß es zu allen Zeiten Vereinigungen gegeben habe, wo sich die gleichen Interessenten zusammenschließen. Geistliche, Professoren, Fabrikinspektoren usw. sprachen sich nur glänzend über die Gewerkschaften aus. Er zitiert eine Menge solcher Urtheile, wovon wir nur eines, von dem württembergischen Fabrikinspektor, hervorheben wollen. Auf Seite 88 vom Jahre 1899 heißt es: „Die Arbeiter- und -nehmer-Vereinigungen seien an sich kein unerfreuliches Zeichen. In Streitigkeiten wird eine Verständigung erzielt werden können, was vernünftiger sei, als einen Kampf zu führen, der nur mit der Niederlage einer Partei sein Ende finden könne, und unsere vaterländische Industrie in den betreffenden Zweigen auf Jahre hinaus schädigen oder ganz zu vernichten geeignet wäre.“ Herr Krathwohl sollte solche Worte eines Königl. Beamten doch nicht so ganz übergehen. Der Gewerbeinspektor, Herr Harberg, ist beim Herrn Krathwohl vorstellig geworden, um ihm zu sagen, daß die Arbeiter ein gesetzliches Recht haben, sich zu organisieren, doch es war ihm nicht möglich, den Herrn eines Besseren zu belehren. Herr Krathwohl verfolgte doch auch sein Recht. Schon vor längerer Zeit sei er auf der preussischen Staatsbahn verunglückt und habe Anspruch auf Entschädigung. Der Herr stellte aber so exorbitante Forderungen, die er mit der Behauptung begründen wollte, daß er in seiner Erwerbsfähigkeit erheblich beeinträchtigt sei. Wenn der Eisenbahnfiskus allerdings erfahre, daß er zu seinen Arbeitern sage: „Wenn ich für andere Firmen reise, kann ich so und so viel Prozent mehr verdienen,“ werde derselbe seine erhebliche beeinträchtigte Erwerbsfähigkeit nicht anerkennen wollen. (Stürmischer Beifall.) Kollege Krehmar bedauerte, daß sich Niemand zur Diskussion meldete. Klauß erklärte, es wolle eben kein Versammlungsbesucher das Unrecht des Herrn Krathwohl vertheidigen. Dieses an den Arbeiter begangene Unrecht sei mit christlichen Grundsätzen nicht vereinbar. — Der größte Theil der ledigen Kollegen ist bereits abgereist. Buzug ist streng fern zu halten.

**Selkenthron.** Schlag auf Schlag trifft hier unsere Kollegen. In der Möbelfabrik von Rappertshaus & Co. wird einfach durch Anschlag bekannt gegeben, daß fortan die Lohnzahlung nur alle 14 Tage stattfinden soll, statt bisher eine Woche Abschlag, die folgende Woche Lohn. Begründet wird diese Maßregel durch vorgekommene Unregelmäßigkeiten, zu deutsch: Veruntreuungen seitens eines Schreibers. Die wirkliche Veranlassung dürfte aber wohl die Absicht sein, mittels der sich nun ergebenden Rinsen den Verlust weit zu machen. In Norddeutschland bewahrt sich die wöchentliche Lohnzahlung doch selbst in Betrieben von erheblich größerem Umfange. Weiter findet die Lohnzahlung jetzt Samstags früher Freitags statt, wohingegen nach wie vor am Mittwoch Lohnschluß ist. Hierzu gefellen sich noch indirekte (durch komplizirte Arbeit) und direkte Abzüge. Besterz haben wir den Wählern zu danken, welche fürchten, nicht früh genug in's Grab zu kommen. Ueber die Verwendung der Unsummen von Strafgebern erfahren die Arbeiter natürlich auch nichts! Wozu auch! Man steht, die Unternehmer verstehen, die Kräfte auszunutzen. Das Schlimmste aber ist, daß die Kollegen nicht einsehen, welche Nachteile ihnen lange Lohnperioden bringen, ja, daß einigen die Veränderung ganz willkommen ist. Dem entsprechend müssen die organisirten Kollegen, weil in der Minderheit, sogar auf gültige Vorstellungen verzichten. Unsere Aufgabe bleibt nach wie vor, Aufklärung zu verbreiten, denn im Deutschen Holzarbeiterverband heißt es: „Er ist wagen, dann wagen!“ Allerdings eine schwierige Aufgabe bei dem Taubenschlagcharakter des Betriebes, aber die Zeit kommt, denn in jede Lücke treten zwei neue Kämpfer, Herr Betriebsführer! — In der letzten Versammlung sprach Kollege Drechsler über: „Arbeitersekretariate.“ Es soll hier in nächster Zeit das bisherige Auskunftsbureau zu einem Arbeitersekretariat umgestaltet werden. Warum die Innung den Gesellen aus sich bisher ignorirte, ist uns jetzt auch bekannt. Wenn die Nothen wiedergewählt worden wären, hätten wir sie noch ein Jahr lang nicht gebraucht! Das Gesetz schließt die organisirten Arbeiter zwar nicht aus, aber die Beobachtung der Gesetze war den Innungsgesellen von jeher unhympathisch. Bezüglich der Angelegenheit Meyerhofer-Dulme sei mitgeteilt, daß die gemeinschaftliche Kommission der Zahlstellen des Deutschen und Christlichen Holzarbeiterverbandes vorstellig wurde und abschlägig beschieden wurden. Von den gekündigten Kollegen sind vier Mitglieder der Christlichen Wortbrüder geworden, während die Uebrigen, mit Ausnahme der für die Kontrolle erforderlichen, anderweitig untergebracht sind. Die christliche Organisation, welche jetzt allein direkt theilhaftig ist, will die Sache mit aller Kraft verfolgen. Buzug ist auch von unserer Seite fern zu halten. Uebrigens dürfte bei dem reduzirten Lohn die Werkstatt keine besondere Anziehungskraft ausüben, zumal daselbst grauenhafte Zustände herrschen.

**Gamelspringe.** Eine am Sonntag, den 17. März, hier stattgefundene öffentliche Holzarbeiterversammlung, welche auch

von auswärtigen Kollegen gut besucht war, beschäftigte sich nach einem Vortrage des Kollegen Finckler-Hannover mit dem Streik der Polirer der Stuhlfabrik Fr. Koch-Wadebe. Als Herr Koch noch nicht selbstständig war, stand er bezüglich der Lohn- und Arbeitsfragen auf einem ganz anderen Standpunkt. So ist allen Kollegen noch bekannt, daß, als 1897 sämmtlichen Stuhlarbeitern der Mahlmühle (Gebr. Jörren) eine Lohnreduktion angekündigt war und sich die Tischler schon auf eine Reduktion von 25 % pro Duzend geeinigt hatten, Herr Koch, der damals noch arbeitete, meinte, wir müßten Alles wieder haben. Jetzt aber als Unternehmer mag er das wohl wieder vergessen haben. So hatte er am Sonnabend seinen Polirern 10—20 v. H. am Lohn einfach abgezogen. Als hierauf die Arbeiter vorstellig wurden, sagte er kurz, wer sein Geld haben will (d. h. das eingehaltene) kann aber sofort aufhören. Auch hat er einem Kollegen, der dem Verbands angehört, seine Entlassung gegeben. Folgende Resolution fand einstimmig Annahme: „Die heute, Sonntag, den 17. März 1901, tagende Holzarbeiterversammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden und verpflichtet sich, alle hiesigen Kollegen, soweit sie noch nicht Mitglieder des Holzarbeiterverbandes sind, demselben zuzuführen.“

**Schwemlingen.** In unserem letzten Eingangsbericht haben wir die Vermuthung ausgesprochen, daß in der Raufferschen Möbelfabrik die Detailarbeit beschleunigt werden würde, um eine indirekte Lohnreduktion durchzuführen zu können. Diese Vermuthung hat sich als richtig erwiesen. Bevor aber Herr Rauffer diesen Schritt unternehmen konnte, versuchte er, seine Arbeiter einzuschüchtern. Zuerst ließ er ausposaunen, daß das Geschäft seit Bestehen noch nie so schlecht gegangen sei wie augenblicklich, es müßten unbedingt Arbeiterentlassungen vorgenommen werden. Dies geschah auch, aber auf eine Weise, die die Kritik sehr herausfordert. Anstatt daß man nämlich die zuletzt eingestellten, oder doch die ledigen zuerst entließ, hat man die missheligen Arbeiter auf's Pflaster geworfen, unbekümmert darum, ob sie zur Unterhaltung ihrer Familie wieder Arbeit finden werden. Dieses Stückchen hat denn auch zu dem gewünschten Erfolg geführt, denn ein großer Theil der Arbeiter ließ sich so einschüchtern, daß diese es nicht einmal mehr wagten, in die wegen dieser Angelegenheit einberufene Versammlung zu kommen. Auf dieses hin glaubte nun Herr Rauffer, sein schon längst gewünschtes Ziel erreichen zu können. Flugs ging daran, die Preise für die im Detail gemachten Arbeiten willkürlich festzusetzen und zwar so niedrig, daß ein Arbeiter M. 3—4 pro Woche geschädigt wird. Ueberhaupt scheint es Herrn Rauffer's Absicht zu sein, den besten seiner Arbeiter nicht mehr als M. 3.50 verdienen zu lassen, trotzdem er es so sehr liebt, in Gesellschaften und bei sonstigen Anlässen mit den „hohen“ Bühnen seiner Arbeiter zu prahlen. Daß er hierbei immer nur einige Wenige herausgreift, ist selbstverständlich, aber die Verhältnisse der großen Mehrzahl der Arbeiter hat er allen Grund, zu schweigen. Daß dieses ganze Entlassungsmanöver nur wegen der Lohnreduktion inszenirt wurde, liegt jetzt klar auf der Hand; denn den ganzen Winter hat Herr Rauffer nicht mehr Möbel auf Lager gehabt als andere Jahre hindurch auch, ja zum Theil noch weniger. Und nachdem die Sache jetzt soweit geregelt ist, sucht die ausbeuterische Firma in hiesigen und auswärtigen Zeitungen Lehrlinge und junge Arbeiter. Wie ein Geschäft bestellt ist, das sich auf solche Arbeitskräfte stützt, läßt sich leicht denken. Auf diese Vorkommnisse hin sah sich die hiesige Zahlstelle genöthigt, hierzu Stellung zu nehmen und kam in der letzten Mitgliederversammlung nach eingehender Besprechung einstimmig zu dem Resultat, aber die Rauffers'sche Fabrik die Sperre zu verhängen. Wir eruchen also jeden Kollegen, in seinem eigenen Interesse bis auf Weiteres diese Fabrik zu meiden.

**Spremlingen.** Der hiesige Schreinermeister J. o. H. Schmidt sucht in letzter Zeit durch Annoncen in Frankfurter Zeitungen mehrere Schreiner auf welche Möbel für dauernde Beschäftigung. Wir glauben, den Kollegen, welche vielleicht bei genantem Meister in Arbeit treten wollen, rathen zu müssen, sich nicht durch großartige Versprechen irgend welcher Art in's Garn locken zu lassen, denn Versprechen und halten ist bei diesem Herrn zweierlei. Dies haben schon viele Kollegen zu ihrem Nachtheil erfahren müssen. Bearbeitet wird in Alford. Wöchentlich Samstags gibt es Abschlag, derselbe fällt aber oft so aus, daß Viele schon gleich am ersten Samstag den Staub von ihren Füßen schütteln. Mühen doch Kollegen mit M. 12, 10 und manchmal noch darunter nach Hause gehen, und daß man damit bei den hiesigen Verhältnissen nicht bestehen kann, liegt auf der Hand. Die Behandlungsweise läßt auch viel zu wünschen übrig. Ausdrücke wie Lausbuben, Wähler und Heger, letzteres namentlich organisirten Kollegen gegenüber, sind an der Tagesordnung. Die Beispiele alle anzuführen, daß Schmidt die Ausbeutung seiner Arbeiter aus dem ff versteht, würde hier zu weit führen. Für heute nur das Eine: Ein Kollege machte sich ein einfaches lammenes Wandchränken von 80 cm Höhe, 70 cm Breite und 30 cm Tiefe; hierfür mußte er außer M. 4 für Holz noch M. 2 für Werkzeugvermietung bezahlen. Sehr nobel, nicht wahr, Herr Schmidt! Es vergeht keine Woche und keine Versammlung, in welcher nicht über diese Musterwerkstatt seitens der dort arbeitenden Kollegen Klage geführt wird. Erwähnen wollen wir hierbei auch noch den Bruder des Herrn Schmidt, welcher neben der Werkstatt Wirtschaft betreibt, und bei welchem alle neu eintretenden fremden Kollegen in Kost und Logis gewiesen werden. Denselben scheint es sehr zu kränken, daß die ihm anvertrauten Schutzhelfer einen solchen T-T-Blatt wie die „Holzarbeiter-Zeitung“ lesen. Verbot er doch am letzten Sonntag dem Kassirer der hiesigen Zahlstelle, den Kollegen die Zeitung aus ihr Zimmer zu bringen. Derselben werden sich aber eine solche Bevormundung keineswegs gefallen lassen. Nach alledem ist es nicht zu verwundern, wenn der Verbrauch an Schreinergejellen bei Schmidt ein ganz bedeutender ist und die Werkstatt einem Taubenschlag gleich. Dies für heute. Wir werden später noch mehrmals auf die Sache zurückkommen müssen. Mangel an Schreimern ist hier keineswegs, aber sie wollen menschenwürdig behandelt sein. Den Kollegen aber, welche gerne einmal in diesem Eldorado ihr Glück versuchen wollen, rathen wir, sich vorher bei der Ortsverwaltung der hiesigen Zahlstelle zu erkundigen, welche jede weitere Auskunft erteilt.

**Weissensee.** Um Zwiethracht an unserem Orte unter die Kollegen zu fäen und der Zahlstelle Weissensee ein Galt zu gebieten, hatte vor kurzer Zeit der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein eine Zahlstelle gegründet. Grund dessen sahen wir uns veranlaßt, am Sonntag, den 10. März, eine öffentliche Holzarbeiterversammlung einzuberufen mit der Tages-

ordnung: „Was bietet uns der Deutsche Holzarbeiterverband und was bietet der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein?“ Letzterer war durch eine große Anzahl Mitglieder vertreten. Die Mitglieder unserer Zahlstelle waren dagegen etwas saumseliger erschienen, was sehr bedauerlich werden muß. Sehr wünschenswerth wäre es, wenn die Mitglieder mehr Interesse an den Versammlungen hätten. Das Referat zu dem angeführten Thema hatte Kollege Fendel übernommen. In seinem Vortrage wies er darauf hin, daß die Aufgabe der Organisation sein soll, für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse Sorge zu tragen. Durch die vielen Sonderorganisationen werde diesem Zweck nur zuwider gehandelt, es werde nur die Uneinigkeit unter den Arbeitern gefördert. Einer scharfen Kritik wurde der Hirsch-Dunder'sche Gewerbeverein unterzogen. Redner sprach sich dahin aus, daß dieser Verein die Arbeiterinteressen ganz mit Füßen trete. Beweis dafür seien die Worte des Herrn Dr. Hirsch betreffs des Straßenbahnerstreiks. Die Thätigkeit und Ziele des Holzarbeiterverbandes beleuchtend, kam Redner zu dem Schlussergebnis, daß es unsere Aufgabe sein müsse, den Hirsch-Dunder'schen Gewerbeverein, der uns in unseren Erfolgen nur hemme, ganz entschieden zu bekämpfen und für immer größeren Anschluß der Kollegen in den Holzarbeiterverband Sorge zu tragen. Nur damit kann unseren Interessen gebient werden. In der Diskussion sprachen verschiedene Herren des Gewerbevereins, in erster Linie der Generalsekretär Dambach, der die Vermögensverhältnisse des Holzarbeiterverbandes und des Gewerbevereins in Vergleich zog und mit den gefüllten Kassen des letzteren prahlte. Unter Anderem wies er auch auf die Differenzen in Berlin hin und stellte die widersinnige Behauptung auf, daß bei dem Kontrollbuchkontroll seitens unserer Zahlstelle ein Subhandel eingegangen worden sei. Alle seine Ausführungen wurden von den Kollegen Stupse, Denger und Kirchner in scharfer und gebührender Weise zurückgewiesen. Nach einem kräftigen Schlusswort des Referenten wurde folgende Resolution gegen die Stimmen der Gewerbevereiner angenommen: „Die am 10. März in Weissensee im „Prälaien“ tagende öffentliche Holzarbeiterversammlung sieht nur in der gewerkschaftlichen Organisation eine zeitgemäße Vertretung ihrer Interessen. Diese Organisation vertritt im wirtschaftlichen Kampfe, sowie auch durch die Gesetzgebung stets die Interessen der Arbeiter. Das bisherige Eintreten des Hirsch-Dunder'schen Gewerbevereins für die Interessen der Arbeiter ist auf Grund ihrer politischen Bestimmung ein solches, daß man von einem ernstlichen Kampfe mit den Unternehmern nicht sprechen kann. Der Holzarbeiterverband steht auf der Grundlage, die für eine zeitgemäße Kampfesweise zur Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen nöthig ist, er ist somit die Organisation, der sich alle Holzarbeiter in ihrem eigenen Interesse anschließen müssen.“

**Konferenz des 20. Gaues,**

abgehalten am 17. März 1901 in Darmstadt.

Vertreten waren 4174 Mitglieder aus 99 Zahlstellen durch 47 Delegirte, nicht vertreten war Koblenz mit 61 Mitgliedern. Der Gauvorstand war vollzählig, der Hauptvorstand durch den Kollegen Schneegah vertreten. Die Konferenz fand in dem durch die Darmstädter Kollegen geschmückten Weissen Saal „Zur Stadt Plungstadt“ statt. Die Besprechung Zahlstelle hatte ihr Banner aufgestellt. Mit einem Willkommengruß des Arbeitergefangenenvereins, einer Begrüßungsansprache des Kollegen Wurm-Darmstadt und einer solchen des Kollegen Bräuner-Frankfurt Namens des Gauvorstandes wurde die Konferenz eröffnet. Zu Vorstehenden wurden ernannt: Bräuner-Frankfurt und Wurm-Darmstadt, zu Schriftführern: Amend-Neu-Jsenburg und Kohl-Frankfurt. Die Tagesordnung lautete: 1. Bericht des Gauvorstandes. 2. Unsere Taktik in der Krise. 3. Anträge der Zahlstellen. 4. Berichtedes.

Der Thätigkeitsbericht nebst Abrechnung des Gauvorstandes lag im Druck vor und war den Zahlstellen bereits vorher zugegangen, weshalb sich Bräuner bei dem mündlichen Bericht auf Ergänzungen beschränkte. Der Bericht gab zunächst einen Ueberblick über die Größe des Gaues selbst und die darin noch für die Organisation brach liegenden Gebiete, hornehmlich in der Gegend des Mainbales, zwischen Odenwald und Spessart, in der Rheingegend; aber auch in der Gegend des Westerwaldes seien noch Landstriche mit mehr oder weniger entwickelter Holzindustrie für den Verband zu gewinnen. Es sei jedoch nicht möglich, überall gleichzeitig mit der Errichtung von Zahlstellen zu beginnen. Jede neu gegründete Zahlstelle bedarf einer längeren, unausgesetzten Fürsorge, bis die zu ihrer freieren Entwicklung im Wege stehenden Hindernisse beseitigt sind. Aber auch in den bestehenden Zahlstellen sei sehr Vieles zu thun. Diese Zahlstellen in ihrem inneren Ausbau, in der Gewinnung neuer Mitglieder, in der Einführung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen zu unterstützen, sei eine nicht minder wichtige Aufgabe des Gauvorstandes. Versammlungen fanden auf Veranlassung resp. unter Beistellung des Gauvorstandes 99 statt, darunter 16 an elf Orten, wo sich Zahlstellen noch nicht befanden. In fünf Zahlstellen wurden Kassenrevisionen vorgenommen, die sich zum großen Theil wegen verspäteter Einsendung der Abrechnung nothwendig machten und zu welchen der Hauptvorstand den Auftrag ertheilte. Im Ganzen waren Aufträge des Verbandsvorstandes 10 zu erledigen. Bei Streik, Lohn- und anderen Differenzen mußte der Gauvorstand in 10 Zahlstellen 21 Mal eingreifen, während zu Information, Schlichtung von Streitigkeiten, Prüfung von Unterstufungsanträgen usw. sich 11 Reisen nach 10 Zahlstellen nothwendig machten. Eingegangen ist die Zahlstelle Langenblebach. Neu gegründet wurden die Zahlstellen Kreuznach, Rellstab und Würth a. M. Dadurch, daß von der Zahlstelle Frankfurt ein besoldeter Beamter angestellt wurde, welcher gleichzeitig die Geschäfte des Gaues mit zu versehen hat, war es möglich, daß bei ausbrechenden Differenzen nach eingelaufenen Telegrammen der Beamte sofort abreisen und die Angelegenheit von vornherein in die richtigen Bahnen leiten konnte. Für diese errichtete Geschäftsstelle vorausgabte die Zahlstelle Frankfurt für Gehälter, Bureaukosten, Steuern, Hülfarbeiten usw. rund M. 2500, zu welchen Ausgaben der Gau kaum M. 750 leistete. Die von der Geschäftsstelle zur Erledigung gekommene Korrespondenz zeigt folgendes Bild:



	Eingang			Ausgang		
	Rahlfelle Frankfurt	Gau	Summa	Rahlfelle Frankfurt	Gau	Summa
Briefe .....	209	126	335	492	108	600
Karten .....	159	134	293	875	150	525
Drucksachen .....	65	16	81	1448	186	1579
Telegramme .....	12	6	18	12	6	18
Postanweisungen .....	20	9	29	28	2	25
Poste .....	254	1	255	19	4	23
Summa .....	719	292	1012	2364	406	2770

Was Lohnbewegungen betrifft, so war es zunächst die Zählstelle Frankfurt, mit welcher sich der Gaudorstand während des 12wöchigen Streiks eingehend zu befassen hatte. Nach Mainz, wo sich die Bewegung in friedlichen Bahnen abwickelte, wurde nur zweimal je ein Vertreter zur Information entsandt. An beiden Orten wurden, sowohl in Bezug auf Arbeitszeit, als auf Löhne erhebliche Vortheile errungen und entgegen früheren Vorgängen, die Organisation als solche anerkannt. In Kellheim im Lanus übten die Kollegen dadurch einen Druck auf die Meister aus, daß 25 pZt. abreisten. Es wurden dann stillschweigend einige Verbesserungen im Arbeitsverhältnis eingeführt. Die Differenzen in der Zigarrenfabrik in Hanau, sowie in einer Möbelfabrik in Darmstadt wurden auf gutlichem Wege erledigt.

In dem Bericht finden noch die polizeilichen Schwierigkeiten eine besondere Berücksichtigung, die in größerem Maße überall da zu verzeichnen waren, wo Organisationen gegründet wurden oder wo sich dieselben zu betätigen suchten. Es wurden aus diesem Grunde mehrfach Prozesse bis zur höchsten Instanz geführt, um die Rechte der Mitglieder zu wahren und der Weiterentwicklung der Organisation freie Bahn zu schaffen. Trotzdem die Zahl der im Gau beschäftigten Berufskollegen zurückgegangen ist, ist die Zahl der Mitglieder um 281 gestiegen. Die Abrechnung für das Berichtsjahr 1900 stellt sich wie folgt:

Einnahme.	
Rassenbestand vom vorigen Jahre .....	M. 125,88
Beiträge aus der Hauptkasse .....	1689,—
Verkaufte Gauderträge .....	27,55
Freiw. Beiträge*) der Zählstellen (Homburg b. d. H. M. 15, Schäß a. M. 25, Kellheim i. L. 20, Mainz 40.) .....	100,—
Summa .....	M. 1942,43

Ausgabe.	
Däten und Fahrgebeln an Referenten .....	M. 527,—
für sonstige Reisen .....	159,95
Drucksachen und Inzerate .....	120,65
Porto und Schreibmaterial .....	89,29
Persönliche Verwaltungskosten .....	748,90
Sonstige Ausgaben .....	20,95
Gesamtausgabe .....	M. 1666,74
Rassenbestand für das nächste Jahr .....	275,69
Summa .....	M. 1942,43

An diesen Bericht schloß sich eine lebhaft, jedoch sachliche Debatte; beschwanden über die Thätigkeit des Gaudorstandes lagen nicht vor, doch wurde bemängelt, daß der Bericht so spät erschienen und daß derselbe nicht ausführlich genug sei. Vor allem hätten die Lohnbewegungen eine größere Berücksichtigung finden müssen, eventuell konnte man den Bericht in härterem Formale herausgeben. Auch die Tabelle weise einzelne Ungenauigkeiten auf. Von einzelnen Zählstellen, besonders Offenbach, wurde gewünscht, daß der Gaudorstand von der Zählstelle Frankfurt getrennt für sich anzustellen sei, wodurch dann dem Gau eine weit größere Fürsorge gewidmet werden könne. Diesem wurde jedoch verschiedentlich widersprochen und auf den Beschluß des letzten Verbandstages verwiesen, wonach in solchen Fällen die Zählstellen auch besondere Beiträge leisten müßten. Man sollte es bei dem jetzigen System belassen. Das was letztes Jahr geirrt worden sei, dazu sei wohl ein Gaudorstand welcher diese Arbeit nur in den Abendstunden machen müsse, nicht in der Lage.

Nach Verlauf der Mittagspause wurde in den zweiten Punkt der Tagesordnung eingetreten, wozu das Referat der Kollege Schaefer übernommen hatte. Redner weist darauf hin, daß die jetzige moderne Produktionsweise keine Stabilität bräute, sondern einem fortwährenden Wechsel unterworfen sei unter welchen logischer Weise der Arbeiter zu leiden habe. Alle jedoch diese Produktionsweise eine verschiedene sei, müsse auch unsere Taktik in unserem Vorgehen in unserem Kampfe eine verschiedene sein; hier würden jedoch nicht selten Fehler gemacht, indem die Machtverhältnisse der Unternehmer mit denen der Arbeiter nicht richtig abgemessen würden. Besonders bei Abwehrkämpfen sei die größte Vorsicht zu gebrauchen. Der Unternehmer führe meist Verschleierungen nach und nach ein und schon bei dem ersten Versuch müßte die Annahme des schlechteren Lohns verweigert werden. Statt dessen nimmt man gewöhnlich diesen ersten Versuch hin, es folgen bald weitere und wenn es dann nicht mehr geht, schreit der Arbeiter nach Streik. Auf die Schulung der Arbeiter, dem Unternehmer gegenüber zu treten, um auch den geringsten Versuch nach Verschleierungen zurückzuweisen, müsse mehr Sorgfalt gelegt werden. Der Streik dürfe nur das letzte Mittel sein, welches angewandt würde, und sei hier die bestehende Geschäftskontinuität in jedem einzelnen Fall in Erwägung zu ziehen. Redner gibt noch einzelne Beispiele aus dem hiesigen Streik und dem Mainzer im Jahre 1891 zum Besten und behauptet die kleinen Zählstellen, welche glauben, bei Genehmigung von Lohnbewegungen zu wenig berücksichtigt zu werden, während diese doch durch die Erzeugnisse der großen Zählstellen, die Vortheile genießen, indem sich Verbesserungen im Arbeitsverhältnis dann von selbst übertragen.

Die Diskussion über diesen Punkt war nur eine kurze, und hielten die Redner mit den Ausführungen des Referenten ab.

Am dritten Punkt waren eine Reihe von Anträgen eingeleitet, die jedoch zum Teil nicht die übliche Unterstützung von 15 Mitgliedern fanden. Die Delegierten Euler, Flach und Habner-Offenbach haben drei Anträge gestellt. Der erste, einen besondern Gaudorstand anzustellen, wurde abgelehnt. Der zweite

\*) Ein von der Zählstelle Krenzbach im letzten Halbjahr eingeleiteter freiwilliger Beitrag von M. 10 wurde unregelmäßiger Weise für das nächste Halbjahr gebucht.

den Gaudorstand sechs Wochen vor der Konferenz herauszugeben, wurde angenommen. Der dritte, die nächste Konferenz in Offenbach abzuhalten, wurde gleichfalls angenommen. Einem Antrag Schmidt-Homburg, die Gaudokonferenz Anfang oder Mitte März abzuhalten, wurde zugestimmt. Des Weiteren gelangte ein Antrag Stimpert-Spremlingen zur Annahme, daß die Bevollmächtigten verpflichtet werden sollen, die in ihren Zählstellen als Referenten geeigneten Mitglieder dem Gaudorstand bekannt zu geben, und sind dieselben von diesem im Bedarfsfälle zur Agitation heranzuziehen. Ein Antrag Dreißcher-Mschaffenburg, den jeweiligen gedruckten Geschäftsbericht, Protokoll und Präsenzliste der vorhergegangenen Gaudokonferenz beizufügen, wurde abgelehnt.

Von der Zählstelle Oberramstadt ist der Antrag gestellt, daß der Gaudorstand vor der Urabstimmung über die Arbeitslosenunterstützung zum nächsten Verbandstage in allen Zählstellen Versammlungen arrangirt, in welchen ein Redner für und einer gegen die Arbeitslosenunterstützung spricht. Der Antrag wurde angenommen.

Unter Punkt „Verschiedenes“ wurden dem Gaudorstand die eigenartigen Verhältnisse in Biersdorf, des Weiteren die Verhältnisse in Wiesbaden, wo neben der Zählstelle noch ein Fachverein, und in Darmstadt, wo sich in einer Stadt zwei Zählstellen befinden, zur Berücksichtigung überwiesen.

Die Tagesordnung war somit erschöpft. Mit einem kurzen Schlußwort, daß die Verhandlungen zum Gelingen des Verbandes gereichen mögen und mit einem Hoch schloß Wurm um 7½ Uhr die Konferenz.

### Differenzen und Lohnbewegung in der Holzindustrie.

Zu den Differenzen der Drechsler bei der Firma Mattinger Holzwaarenfabrik, vorm. Omar Jilles, in Mattingen, wird uns von dort geschrieben: Wie bekannt, war im letzten Herbst eine für uns Drechsler ungünstige Geschäftslage, diese machte sich der Herr Omar Jilles, Direktor der Mattinger Holzwaarenfabrik, vorm. Omar Jilles, G. m. b. H., zu Nutze, indem er seinen Arbeiter, Drechslern und Wildhauern einen Lohnabzug auf Drechslerwaaren bis zu 40 pZt. bescherte. Da er bereits schon vorher ab und zu Abzüge gemacht, so erreichte der Abzug auf Artikel Nr. 177, eine Kommodefüße, 65 cm hoch, eine Höhe von 65 pZt., 1897 gab es für die Säule 20 M., nach den Abzügen im letzten Oktober 7 M. Da uns der Herr Direktor vorigen Herbst sagte, er sei nicht mehr konkurrenzfähig und momentan der Geschäftsgang ein flauer, so sagten wir uns, wir wollen uns die Abzüge gefallen lassen, in dem festen Glauben, unser Herr Direktor würde uns die gemachten Abzüge bei einem besseren Geschäftsgange wieder zurückgeben.

Wir haben dem Manne ein Vertrauen entgegengebracht, das sich durch nichts rechtfertigte, denn mit unserer Vertrauensheftigkeit sind wir tüchtig hereingeflogen. Es ist uns versprochen worden, die Arbeit zu spezialisieren, aber bis heute warten wir noch darauf. Sobann sind Abzüge unter der Hand gemacht worden, also ungesetzlich; sobann hat er 8 Tage vor Weihnachten unseren Bevollmächtigten, Kollegen Pils, sowie Kollegen Reinhold Müller gemahregelt. Weis sind verheiratet und haben Familie. Ganz besonders hart traf er die Weisens dadurch, daß sie in den 14 Tagen der Kündigungszeit nur 4 Tage arbeiten konnten. Vom Gewerbegericht wurde ihnen nur ein Teil ihres Lohnes zugesprochen, wir standen auch damals von einer Vorstellung ab.

Die Krone setzte der Direktor aber seiner arbeiterfreundlichen Gesinnung auf durch zwei Plakate, welche er in seinem Portierhaus aushängte. Vorigen Sommer ließ der Herr Direktor uns fragen, ob wir gewillt seien, einer Fabrikkrankenkasse für sein Werk beizutreten; wir hatten darüber eine Besprechung und sagten ihm, daß unserer Meinung nach das nicht gut ginge, da zu viel jugendliche Arbeiter in der Fabrik beschäftigt würden und die Zahl überhaupt zu klein sei. Gleich darauf gab uns unser Direktor durch den ersten Anschlag bekannt, daß vom 1. Januar 1901 in der Mattinger Holzwaarenfabrik eine Fabrikkasse eingerichtet würde. Es war der unbedingte Befehl eines Machthabers. Wir machten uns mit dem Gedanken vertraut, von der betreffenden Zeit eine eigene Krankenkasse zu haben. Auf einmal war das berühmte Plakat aber verschwunden. Es wurde zwar gemunkelt, aber es blieb dunkel, aus welchem Grunde er das schöne Plakat selbst zerrissen hat. Vielleicht hat ihm die königliche Regierung einen Wink mit dem Zampfsahl gegeben, uns ist es ja gleichgültig — die Hauptsache ist, daß die Krankenkasse des Herrn Direktors gescheitert sind.

Jetzt wurde uns nun durch Anschlagplakate nochmals eine Lohnkürzung vom 16. März ab in der Höhe von 10 pZt. angekündigt; sämtliche Drechsler, Wildhauer, sowie die 4 Arbeiter an den automatischen Bänken sind darin einbezogen. Das war uns denn doch zu viel, wie ein Mann haben wir uns dagegen erhoben. Wir sind alle Mitglieder vom Verband und sind nicht gewillt, uns den Prokuren nochmals höher hängen zu lassen. Es wird hier schon lange von den meisten Kollegen nur ein an's Existenzminimum grenzender Lohn verdient. Was die Arbeiter an den automatischen Bänken betrifft, so sollen die jungen Leute jetzt 100 Treppentrakillen für Mark 0,45, sage fünfundsiebzig Pfennig, anfertigen. Daß das ein Lohn auf unsere Menschenwürde ist, wird wohl jedem Kollegen einleuchten. Wir appellieren nun an das Kollektivitätsgefühl sämtlicher Kollegen und wenn Ihr uns da Alle unterstützt, können wir unsere Rechte und die Pflichten, welche wir unseren Kollegen gegenüber schuldig sind, hier voll und ganz vertreten.

Bei der Firma Tschander, Tischlerei und Wildhauererei in Ratibor, befinden sich sämtliche Arbeiter seit dem 16. März im Ausstand. Hierzu wird uns von Ratibor folgendes geschrieben: Da Herr Tschander äußerte, daß alle, welche dem Verbanne angehören, speziell aber die Hädelstücker rausfliegen, und da vorige Woche ein Kollege auch mit der Motivierung entlassen wurde, daß für Agitatoren keine Arbeit vorhanden sei, zogen es die anderen Kollegen, welche sämtlich Mitglieder des Verbandes sind, vor, von selbst die Arbeit zu verlassen. Etwa 70 Tischler und Wildhauer verließen Freitag früh zur Frühstückspause, gleich nachdem es bekannt wurde, daß wieder ein Kollege, und zwar unser Vertrauensmann, Kollege Scholich, einer der besten Arbeiter der Fabrik, dem man auf keine andere Art bekommen konnte, nur mit der ausdrücklichen Motivierung entlassen wurde, weil er Vertrauensmann des Verbandes ist. Sofort wurden Verhandlungen angebahnt. Der Chef war aber erst Nachmittag um 5 Uhr zu sprechen — sie schickten an der Gartenspille des von der Polizei hart bedrängten Herrn Tschander. Es wurde daher einmütig be-

schlossen, die Arbeit nicht wieder aufzunehmen, bis ein günstigeres Resultat erzielt ist. Am selben Abend erschien schon vom Gaudorstand Kollege Langner aus Breslau, um eventuell mit Herrn Tschander zu verhandeln, er wurde aber ablehnend beschieden. Die Verhandlungen der gewählten Kommission scheiterten auch Sonnabend vollständig. Am Abend sprach Kollege Langner in der von 200 Personen besuchten Mitgliederversammlung, in der die Arbeitsverhältnisse genannter Fabrik einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Alle Redner waren sich einig in der Empfehlung der Fortführung des uns aufgedrungenen Streiks. Am Sonntag Nachmittag fand eine öffentliche Versammlung statt, die von einer hier noch nie gesehenen Menschenmenge besucht war. Etwa 4—500 Personen, darunter viele Frauen und sämtliche Holzarbeiter Ratibors, waren erschienen, trotzdem durch Plakate oder Annoncen nichts bekannt gemacht werden konnte, weil wir nichts gedruckt bekamen. Auch einige Vertreter von Dampfischlereien waren anwesend. Kollege Langner schützte in seinem höchst interessanten, von stürmischem Beifall oft unterbrochenen Vortrag, den Nutzen des Verbandes und speziell im Falle eines Streiks. Er ermahnte zum Eintritt in den Verband und die Streikenden zum Ausscharen, da die Sache für uns vom ersten Augenblicke an sehr günstig sieht und wir die Sympathie der ganzen Bevölkerung besitzen in diesem Kampfe gegen Unternehmertum und Polizei. Bei der Besprechung der Fabrikordnung und der darin aufgeführten Strafen zeigte sich so recht, welcher haarsträubenden Bevormundung die Kollegen ausgesetzt waren. So wurde einem Jeden wegen des Streikens M. 1 abgezogen. Nachdem noch von Seiten der Kollegen in der Diskussion das Verhalten einiger Werkführer scharf verurteilt wurde, fand die imposante Versammlung nach dreistündiger Tagung ihr Ende. Eine Resolution, daß alle Holzarbeiter Ratibors mit den Ausständigen einverstanden sind, wurde einstimmig angenommen. Montag früh erklärten sich noch alle zehn Holzrinnen sowie einige Maschinenarbeiter, trotzdem sie nicht im Verbanne sind, unausgesprochen mit den Streikenden solidarisch, so daß die Zahl derselben jetzt 90 erreicht hat, von denen 81 verheiratet sind mit 56 Kindern. Am gleichen Tage wurden die österreichischen Kollegen, welche am Streik theilhaftig sind, auf die Polizei gefordert, wo Herr Tschander auch erschienen war, und ihnen dort die Alternative gestellt, entweder bis nächsten Tag die Arbeit aufzunehmen oder ausgewiesen zu werden. So stellt sich die Mehrheit einseitig auf die Seite der Unternehmer zu Unterdrückung der Arbeiterklasse.

Kollegen Deutschlands: An Euch liegt es nun, uns in dem uns aufgedrängten Kampfe zu unterstützen. Zum ersten Male regt sich das bis jetzt ausgebeutete Proletariat Oberschlesiens zu einem mächtigen Kampfe zur Erhaltung der Organisation. Die Oberschlesier werden beweisen, daß die Zeiten, wo die Arbeiter lediglich sich zu Streikbrecherdiensten gebrauchen ließen, auch hier vorüber sind. Deshalb ersuchen wir Euch, uns in diesem Kampfe zu unterstützen, da das Wohl und Wehe der ganzen Industrie-Arbeiterklasse Oberschlesiens auf dem Spiele steht. Verlieren wir, so ist die Gewerkschaftsbewegung Oberschlesiens auf Jahre hinaus vernichtet. Die Konjunktur ist für uns günstig, große Aufträge sollen bis 1. April fertig sein. Streikbrecher sind bis jetzt keine da. Alle Sendungen sind zu schicken an Gustav Scholich, Matibor, Gartenstr. 22.

Der Streik bei der Firma „Rheinische Holzindustrie“, vorm. August Westphaler in Düsseldorf, ist beendet. Die Inhaber des Geschäfts sahen sich genöthigt, schon am zehnten Tage des Streiks zu kapitulieren. Den Arbeitern wurden dabei Konzessionen gemacht, während sich die Herren vor dem Streik ganz ablehnend gezeigt haben. Damit ist das Bestreben der Betriebsleitung, die Geschäftskasse dazu zu benutzen, um die Arbeiter durch große Lohnabzüge und brutale Behandlung noch ganz wärde zu machen, durch das entschiedene und solidarische Vorgehen der Geschädigten gescheitert. Diesem Verhalten unserer Kollegen und ihrer eifrigen Arbeit auf Isolierung des Betriebes vor arbeitswilligen Elementen ist der Sieg zu danken. Als die Firma einlief, daß bei leeren Bänken und Maschinen das Interesse des Betriebes schwer geschädigt wird, lenkte sie ein. Das kommt davon, wenn die Unternehmer immer die „Herren im Hause“ spielen wollen und es an dem nöthigen Entgegenkommen den Wünschen der Arbeiter gegenüber fehlen lassen.

Mit diesem Streik ist für die Kollegen Deutschlands wieder der beste Beweis erbracht worden, daß durch ein geschlossenes und musterhaftes Vorgehen sehr viel zu erreichen ist, auch in der schlechten Zeit.

Die Sperre über die Firma Moroz in Reiz wird nach einem erneuten Beschluß der Zählstelle Reiz nach wie vor aufrecht erhalten. Zur Ehre der Arbeiter muß gesagt werden, daß selten eine Sperre so fühlbar ausgeführt worden ist, wie die genannter Firma gegenüber. Herr Moroz hat wohl Leute, aber wie er selbst durch einen Strohhauser kundgab, gerade die richtigen. Er sucht fortwährend tüchtige Leute, dauernd und bei hohem Lohn“. Er genirt sich garnicht, sogar von Berlin Arbeiter heranzuziehen, allerdings mit dem Erfolg, daß er schon nach kurzer Zeit wieder von solchen verlassen wird. Der Meister, dessen Gebahren seinerzeit die Ursache der Differenzen bildete, glaubt die Arbeitswilligen dadurch an sich zu fesseln, daß er sie mit den Harmonielehren des Max Hirsch vertraut macht. Der Zuzug von Instrumentenarbeitern nach Reiz ist also nach wie vor zu meiden.

Zu den Differenzen bei der Firma Gebr. Kühn (Holzwaarenfabrik) in Gräfenroda i. Thür. wird uns geschrieben: In Gräfenroda scheinen die gesammten Fabrikanten eine Aussperrung ihrer Arbeiter zu beabsichtigen. Im Januar wurden sämtliche Arbeiter der Porzellanfabrik von B. Penne ausgesperrt, weil sie am Porzellanarbeiterverband theilnahmen. Dasselbe Vorgehen scheint jetzt auch die Firma Gebrüder Kühn zu beabsichtigen. So erhielten am 11. März 5 Arbeiter der betreffenden Firma ihre Kündigung, und als der Bevollmächtigte unserer Zählstelle, einer der Gefündigten, nach dem Kündigungsgrunde fragte, wurde ihm prompt erklärt, zu einer Angabe ihrer Kündigungsgründe liege für die Firma kein Anlaß vor. Jedoch wurde einem jüngeren Kollegen gleichfalls die Entlassung angedroht, falls er nicht aus dem Verband austrete. Und als der betreffende Kollege auf diese Zumuthung nicht einging, erhielt er thatsächlich seine Kündigung. Eine von der Zählstelle veranstaltete Versammlung zum Zwecke der Unterhandlung mit der Firma geschickte Kommission wurde überhaupt nicht vorgelassen. Derzeit ist Zuzug von Eisenmachern und Spiel-



waarenarbeitern nach Gräfenroda streng fern zu halten.

Bei der Firma Fassig in Ludwigshafen ist infolge Lohnbesserungen ein Konflikt ausgebrochen. Anlaß dazu gab das Vorgehen des Firmeninhabers, der die 1898 getroffenen Vereinbarungen des Lohntarifs verließ und eine Lohnreduktion von 10 pSt. vornahm...

Bei der Firma Jakob & Schick in Schiltigheim bei Straßburg haben infolge von Differenzen sämtliche Werkzeuge greiner die Arbeit eingestellt. Zugug ist fern zu halten.

Aus den Verufen der Holzbranche.

Die Zahlstelle Aue hat sich dem Siegnitzer Protest angeschlossen.

Ueber den vorjährigen Münchener Schreinerstreik wurde in einer überaus stark besuchten öffentlichen Holzarbeiterversammlung am 19. März vom Kollegen Raitz der Rechnungsausschuss berichtet...

Nach der laufenden Nummer der Auszahlungslisten waren 1827 Kollegen am Streik bezw. der Aussperrung theilhaftig. 1450 Kollegen waren bei Ausbruch des Streiks über sechs Monate im Verbandsverband...

Von einem schlaunen Trick der Königsberger großen Unternehmer in der Holzindustrie berichtet die „Königsberger Volkszeitung“. Der Umstand, daß die im deutschen Holzarbeiterverband organisierten Fischer den Lohn- und Arbeitsverhältnissen in ihrem Beruf in letzter Zeit größere Aufmerksamkeit geschenkt haben...

In der Waggonfabrik zu Weimar hat die Arbeitszeit eine weitere Einschränkung erfahren, indem jetzt nur noch 6 Stunden täglich gearbeitet wird.

Der Korbmachermeister Hermann Jahn in Magdeburg suchte vor einiger Zeit in verschiedenen Zeitungen 4-6 Gesellen auf Gesellarbeit.

weil sie unter den dort herrschenden Lohnverhältnissen nicht existieren können und dem dritten Kollegen wurde gekündigt mit der Motivierung, Herr Jahn wolle seine Werkstätte „verändern“.

Achtung, Wagner und Stellmachergefallen! Aus Leipzig wird uns geschrieben: Wiederum leben wir in jenen Tagen, in denen die Staare pfeifen und ein großer Theil unserer Kollegen hinauszieht von Ost nach West...

Wie so Mancher ist auch schon nach Leipzig gekommen, nach jener Stadt, von der man singt — ich weiß nicht, warum —: „Mein Leipzig lob' ich mir“, na, ein Stellmacher wird's wohl nicht singen, um in der Großstadt etwas zu verdienen...

Trotzdem nun, wie die Herren Arbeitgeber selbst zugestanden haben, unsere Forderung in Anbetracht der hohen Mier- und Lebensmittelpreise am Orte damals wirklich beschaffen genannt werden müßten, haben sie uns erst nach langem Hin- und Herbuheln einen Stundenlohn von 85 pSt. gewährt...

Gewerkschaftliches.

Zur Glasarbeiterbewegung. Der Streik der Nienburger Glasarbeiter entwickelt sich zu einem Kampfe großen Stils. Der Glaskönig Hehe, mit dem die Glasarbeiter es in erster Linie zu thun haben, ein König Stumm in erneuter Auflage, erließ an die Unternehmerseines Schlags ein nicht für Zeitungen bestimmtes „Rundschreiben“...

Der Zimmererverband hatte nach seiner soeben veröffentlichten Abrechnung am Anfang dieses Jahres in 528 Orten

einen Mitgliederstand von 26 411 Personen. Seine Einnahmen im Jahre 1900 beliefen sich auf M. 402 788,68, seine Ausgaben im gleichen Zeitraum auf M. 156 928,36...

Ueber die Arbeitslosigkeit und die Arbeitskonflikte in Schweden hat kürzlich das „Landessekretariat der Gewerkschaften“ Erhebungen angestellt. Daran haben sich 22 Gewerkschaften theilhaftig. Diese haben insgesamt 46 000 Mitglieder, von denen 11 800 arbeitslos waren.

Die gegenwärtig andauernden, dem Landessekretariat gemeldeten Ausstände umfassen zusammen 1757 Arbeiter. Außer dem großen Streik der Steinhauer in Blekinge befinden sich auch noch die Tabakarbeiter in Gålle und die Maurer Göteborgs im Ausstand.

Demnach sind insgesamt circa 14 000 Mitglieder der Landesorganisation außer Arbeit.

Der Tabakarbeiterstreik in Gålle dauert bereits 8 Monate, der Maurerstreik in Göteborg 7 Monate. An die Tabakarbeiter Maurer und Steinhauer sind bis jetzt circa 200 000 Kronen ausbezahlt worden.

Polizeiliches und Gerichtliches.

Ein guter Rath — eine Bedrohung. In Osterode war ein Streik in der Gärtnerei (Eisengießerei) ausgebrochen. Der dem Fabrikarbeiter-Verband angehörende Arbeiter Müller hatte den Vertrauensmann des genannten Verbandes gefragt, wie er sich bei diesem Streik verhalten sollte...

Technisches.

Ein alt Röcherkraut zu benutzender Koffer ist Gegenstand des deutschen Reichspatentes Nr. 116 020. Der aufklappbare Koffer ist zwecks Aufbewahrung von Büchern und dergleichen in Fächer eingetheilt.

Briefkasten.

\* Infolge Raummangels mußten verschiedene Korrespondenzen zurückbleiben.

D. 100. Man nimmt 45 l Alkohol, 1 q Schellack, 0,5 q Eisenbleiswage, 150 g Schmirgelmehl und 125 g Ultramarinblau, oder man nimmt gleiche Theile Bismut und Mennige und verreibt diese in einer Mischung von Terpentin und feinstem Laol.

Hin, W. Das hängt wohl zunächst von der Güte des Lades ab. Ein guter Lad, möglichst flüssig und bei mäßiger Wärme aufgetragen, wird nicht reihen.

Schiltigheim. Sie glauben, also vermuthen, daß Ihr Schreiben früh genug eintraf, und nehmen aus dieser Vermuthung direkt Veranlassung, die Redaktion wegen Nichtaufnahme der Notiz zu rüffeln.

Brackwede. Gratulationen nehmen wir nicht auf. Feig, A. G. Schellack ist eine Harzmasse, die durch Abföndungen eines Insektes auf tropischen Bäumen entsteht.



Verfammlungs-Anzeiger.

Mühlendorf. Dienstag, den 2. April, Abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“, Bergerstr. 8.
Sektion der Möbelfabrikanten. Samstag, den 30. März, Abends 9 Uhr, bei Erlinghagen, Köhlerstr. 26.
Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Samstag im Monat bei P. Borgs, Schützenstraße.
Elberfeld. Am Montag, den 1. April, Abends 9 Uhr, in der „Centralherberge“, Gr. Altbahn 26.
Hamburg. Am 2. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei Tütge, Valentinskamp.
Köln. Sektion der Stellmacher. Jeden ersten Sonntag im Monat, Abends 9 Uhr, im Lokale „Venz' Erholung“, Sandbahn 1.
Arbeitsnachweis für Stellmacher bei Reich, Rheinberg 9. Die Ortsverwaltung.
Schöneberg. Donnerstag, den 4. April, Brunenwalstr. 110, bei Obit.
Wernigerode. Sonnabend, den 6. April, Abends 8 1/2 Uhr, bei W. Stürmer, „Stadt Stolberg“.

Anzeigen.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Körschenbroda. Bevollmächt. Oswald Langer, Radebeul, Wiesenstr. 5, 1. Et.
Lehrte. Bevollm. J. Weyer, Mühlenerstraße 8, 2. Et. Herberge und Verkehrslokal befinden sich bei Eschbauer, „Bayerischer Hof“, Bahnhofstr. 22. Dasselbst wird auch Abends von 7-9 Uhr die Reiseunterstützung ausgezahlt. Die reisenden Kollegen werden ersucht, nur dort zu verkehren.
Kostock. Der Arbeitsnachweis der Holzarbeiter befindet sich auf der „Centralherberge“, Beguinenberg 10. Dasselbst wird auch die Reiseunterstützung ausgezahlt.
Starnberg. Bevollm. J. Busch, Pergstraße 6 1/2. Kassierer Gg. Gehring, Hansfelderstr. 88, 2. Et. Auszahlung der Reiseunterstützung Mittags von 12-1 und Abends von 6-8 Uhr.
Garel. Bevollm. Josef Wehr, Bergstr. 9. Die Reiseunterstützung wird in der Herberge, bei G. Wefer, Langestraße, ausgezahlt.

Sterbetafel

des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes.
Albert Seidel, geb. 5. 7. 81, gest. 20. 3. 01 an Herzschlag zu Blauen i. V.
H. Schröder, Tischler, geb. 2. 2. 79 zu Dierholz-Scharmbed, gest. 15. 3. 01 an der Proletarierkrankheit zu Scharmbed, Bism. Bremerhaven.
Karl Glath, Schreiner, 38 Jahre, gest. 15. 3. 01 an der Proletarierkrankheit zu Straßburg i. E.
Johann Assel, Kreisjäger, geb. 4. 12. 80 zu Mülschbach, gest. 8. 3. 01 infolge einer Verletzung zu Nauheim.
Ehre ihrem Andenken!
Die Ortsverwaltungen.

Der Tischler W. Kierstedt aus Werben wird dringend um Angabe seiner Adresse ersucht. Wer ihn kennt, wird um Mitteilung der Adresse gebeten. Wwe. Kierstedt, Werben a. d. Elbe.

Der Zimmerer Friedrich Bohner aus Hedra a. d. U. wird ersucht, seine Adresse an Frau Th. Krause, Köttbus, Feldstraße 134, mitzuteilen. Die Kollegen werden darauf aufmerksam gemacht.

Bürstenmacher.

Ein tüchtiger Bürstenmacher, der seit zwölf Jahren in einer größeren Fabrik thätig und besonders auch mit Einziehen, Wechen und Wischen bewandert ist, sucht anderweitig Stellung, am liebsten als Vorarbeiter usw. Anerbietungen unter N. G. 111 befördert die Expedition dieses Blattes.

Eine im Bau begriffene Fabrik für Holzverarbeitung sucht einen durchaus zuverlässigen, bestempfohlenen Mann als \* Werkführer. \*

Hauptfabrikation: Buchenparket-Riemer. Bewerbungen u. entsprech. Nachweisungen, Photographie u. Gehaltsansprüche erbeten unt. T. N. 962 an Haasenstein & Vogler A.-G., Frankfurt a. M.

Tüchtiger Fräser sofort gesucht. Hoher Lohn und dauernde Stellung gesichert. H. Jarosch, Möbelfabrik, Bad Rissingen (Bayern).

Gej. 2 Korbmacher auf Ballontörbe. Ludw. Behsen, Trittau i. Holst.

5 Korbmacher auf Reifekörbe, 2 auf Mattarbeit finden dauernde Beschäftigung bei Carl Apelt, Mühlberg a. d. E.

Suche sofort 10-12 Korbmacher bei dauernder Beschäftigung und gutem Material. L. Pestrup, Korbgewerb, Gröpelingen.

Gesucht sogleich Korbmachergehilfen auf Roharbeit und grüne Arbeit. J. H. W. Heitmann, Hamburg, Antonstr. 12.

Bürstenmachergehilfen auf dauernde Arbeit sucht Herm. Stolzenberg, Osnabrück.

Für eine Bürstenfabrik bei Wien wird per sofort ein tüchtiger Bürstenholztischler für seine Waaren gesucht. Derselbe sollte als Vorarbeiter fungieren, muß aber Verputzen und Polieren sehr gut verstehen und ein tüchtiger Mann sein. Offerten unter A. S. 112 an die Expedition d. Bl.

Suche einen soliden, tüchtigen Bürstenmacher, der in allen Arbeiten bewandert ist. Wih. Dammann, Stuttgart.

2 Korbschneider

für Handschnitt auf dauernde Arbeit gesucht. H. Hemmelkamp, Bielefeld.

1 tüchtiger Korbschneider für Handschnitt, der auch zurichten und bohren kann, bei hohem Lohn gesucht. F. E. Nielsen Nachf., Frankfurt a. d. O.

Arbeitsnachweis der Korbarbeiter. 3 Handrandschneider u. 1 Maschinenschneider sofort gesucht. Wih. Schneck, Frankfurt a. M., Alte Mainzerstraße 88, 1. Et.

Für Stellmacher!

Stellmacherei mit allen Hilfsmaschinen ist Abreise halber f. Inventarwertig zu verkaufen. Off. G. R. an die Exp. d. Bl.

Stübling's Holzbearbeitungs-Techniker. Berlin-Schmargendorf. Probe-Nummer gratis und franko. Bestes Fachblatt für die Grossindustrie.

Fuchsschwänze

22 cm lang, 6 cm breit, 1/10 mm dick, M. 1,80, 20 " " 4 " " 1/10 " " " 1,70, 18 " " 3,5 " " 1/10 " " " 1,60.

K. Plementasch, München, Kapuzinerstr. 50.

Holzhebel ohne Klappe u. Keil

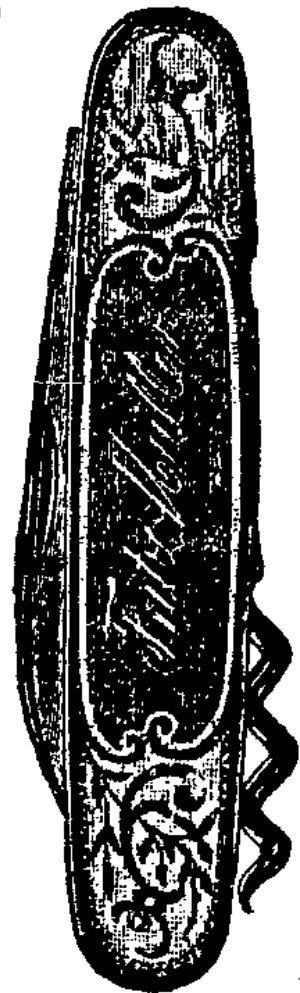
(Deutsches Reichspatent Nr. 88 696) zum Abputzen von feinstem Maserfournier, zum Ströpfen und zu jeder anderen Abputzarbeit. Rich. Gebel, Dahme i. d. Mark.

E. von den Steinen & Cie.

Wald No. 34, bei Solingen. Stahlwarenfabrik und Versandgeschäft. Catalog mit ca. 2000 Abbildungen umsonst und portofrei.

Taschenmesser

- Jagdmesser, Scheeren, Rasirmesser, Tafelmesser, Löffel, Haarschneidemaschinen, Werkzeuge, Werkzeugschränke, Haushaltgeräte, Gartengeräte, Fernrohre, Barometer, Thermometer, Feldstecher, Revolver, Flobertgewehre, Jagdgewehre, Degenstöcke.



- Glaserdiamanten, Reisszeuge, Dampfmaschinen, Laterna magica, Elektrische Apparate, Photogr. Apparate, Phonographen, Pfeifen, Musikinstrumente, Cigarrenspitzen, Spazierstöcke, Regenschirme, Portemonnaies, Albums aller Art, Kämme, Bürstenwaaren, Japanwaaren, Gold- u. Silberwaaren, Uhren und viele Neuheiten.

Versand gegen Nachnahme, Umtausch gestattet, oder wenn nicht gefällt, Betrag franco zurück. Daher alle Waarenbezüge ohne Risiko. Vorstehendes Taschenmesser No. 1545, neues elegantes Muster, mit zwei fein polirten Klingen, rundem Korkzieher aus bestem Stahl, blauen Stahl-schalen, fein vergoldet und verziert, pro Stück M. 1,50, Etuis dazu M. 0,25. Jeder beliebige Name in die Schale in Goldschrift eingravirt 10 Pfg. extra.

Paul Horn, Hamburg

Pappel-Allee 26-36 Eilbeck Pappel-Allee 26-38 Fabrik chemischer Produkte.

- Paul Horn's Mattpräparate (als: Mattine, Salon-Matt, Mattlacke) sind absolut wasserecht, tragen sich leicht auf und sind sofort trocken.
Paul Horn's Monopol-Polituren (Schellack-Polituren ohne Oelanwendung) haben sich in den grössten Fabriken dauernd Eingang verschafft.
Paul Horn's wasserechte Beizen in allen Holzfarben, auch altmahagoni und englischgrün, rauhen das Holz nicht auf, prachtvolle Farbentöne, sofort trocken.
Paul Horn's Politur-Glanz-Lacke, farblos und farbend, sind als das Vorzüglichste weltbekannt, hochfeiner, zarter Glanz, Geschmeidigkeit beim Auftragen, polirfähig, dauerhaft, schnell trocknend.
Paul Horn's Schellack-Porenfüller, einzig brauchbares Fabrikat zum Füllen der Holzporen mit Schellackmasse.
Paul Horn's Schellack-Politur-Extracte sind mit peinlichster Sorgfalt gereinigte dickflüssige Polituren, die jeder Fachmann verwenden sollte.
Paul Horn's Patent-Politur zum Reinpolieren erzeugt durch einen einzigen Ballen glasharten, blitzblanken Glanz, entfernt alle Oelwolken u. verhindert unt. Garantie d. Oelanschlagen.
Paul Horn's Copal-, Bernstein-, Damar- und Asphaltlacke werden nur in gut abgelagerter und geprüfter Waare zum Versand gebracht.
Paul Horn's Filzsteinpapiere sind überall gelobt, da scharf und scharf.
Paul Horn's diverse Sorten Leim sind preiswerth und von ff. Qualität.
Paul Horn liefert Ia. rectificirten 96% Spiritus unter zollamtlicher Kontrolle.
Paul Horn ist „preiskrönt“ Hamburger Gewerbe- und Industrie-Ausstellung 1889.
Paul Horn erhielt das Preisdiplom auf der Tischlerei-Ausstellung Hamburg 1889.
Paul Horn besitzt das Ehrendiplom der Drechlerei-Fachausstellung Leipzig 1890.
Paul Horn sind viele Hunderte lobende Anerkennungen aus allen Fachkreisen, div. Fachschulen und Gewerbe-Museen über die Vorzüglichkeit seiner Fabrikate zugegangen.
Paul Horn versendet Preisbücher gratis und franko.

1895 „Goldene Medaille“, Lübeck.

Advertisement for London Docks cigars. Includes text: 'Konkurrenzlos billig. Reellste Fabrikate. London Docks. 100 Stück Mark 3,75. Cigarillos, pro 100 Stück M. 1,50, dieselben 500 Stück M. 7. Czoilek & Geballe, Zigarren-Engros-lager, Berlin, Unter den Linden 20, Hof. 1. Etg.' and a list of cigar brands and prices.